

Die „Kreuzzeitung“ über die Neuorientierung.

Auf die Tafelrede des Frhrn. v. Zedlitz beim Abschiedessen der freikonservativen Landtagsfraktion hat gestern Abend die „Kreuz-Ztg.“ geantwortet. Frhr. v. Zedlitz hat als Voraussetzung für den Sieg die Erhaltung des Vertrauens in die Leitung des Krieges, wie der Politik bezeichnet. Die „Kreuz-Ztg.“ antwortet darauf:

„Da die Anschauungen im deutschen Volke über unsere Kriegspolitik, zumal darüber, was ein guter Friede uns bringen muß, so gewaltige Gegensätze zeigen, wie etwa bei den Sozialdemokraten der Zimmerwalder Richtung einerseits und den Mitgliedern des Alldeutschen Verbandes andererseits, muß es als ein ganz unerreichbares Ziel bezeichnet werden, der politischen Leitung das allgemeine Vertrauen erhalten zu wollen. Sie wird es vielmehr notwendigerweise bei einem Teile des Volkes verlieren, je nachdem sie sich mehr den pazifistischen oder den machtpolitischen Standpunkt aneignet.“

Die „Notwendigkeit einer Neuorientierung“ wird auch von der „Kreuz-Ztg.“ nicht verkannt. Das konservative Organ schreibt:

„Es ist von maßgebender konservativer Seite anerkannt worden, daß nach dem Kriege nicht alles bleiben könne, wie es vorher war. Sie verschließen sich auch nicht der Notwendigkeit, an einer Umgestaltung des preussischen Wahlrechts positiv mitzuwirken . . . Und wir hoffen, daß darüber auch eine Verständigung mit anderen bürgerlichen Parteien möglich sein wird, wenn von diesen nicht eine rücksichtslose Machtpolitik getrieben wird, was der Abgeordnete Frhr. v. Zedlitz freilich bei den Nationalliberalen für möglich zu halten scheint. Wenn also die Rede des Frhrn. v. Zedlitz von der Beschränkung eingegeben war, daß die Politik der Konservativen durch Kleinlichkeit und Engherzigkeit zur Unfruchtbarkeit verurteilt sein und dadurch die Regierung in die Arme der Linken treiben kann, so glauben wir diese Beschränkung als gänzlich grundlos bezeichnen zu können. Nur werden sie allerdings bei der Neuorientierung auf zweierlei Wert legen: Einmal soll man sie nicht vorzeitig und auf Grund von Entwicklungsergebnissen, die man wünscht, die aber noch nicht vorliegen, in Angriff nehmen. Für jetzt hat alle Kraft dem einen großen Ziel der Besiegung der Feinde zu gelten. Und sodann darf sie nicht zur Preisgabe der Grundlagen unseres Staats- und Gemeinschaftslebens führen, auf denen doch die ungeheuere nationale Kraft erwachsen ist, die wir in diesem Kriege entfaltet haben und die uns die Bewunderung der ganzen Welt eingetragen hat.“

Der Begriff „Grundlagen unseres Staats- und Gemeinschaftslebens“ ist sehr dehnbar. Wie oft sollten diese Grundlagen in den letzten 20 Jahren nicht schon erschüttert sein? Als das Koalitionsverbot für die politischen Vereine endlich fiel, als die Reichstagsdiäten eingeführt werden sollten, das Reichsvereinsgesetz beraten wurde, ja auch als die Wahlreformvorlage erschien: immer wieder und noch bei manchen anderen Gelegenheiten hieß es, die Grundlagen unseres Staatslebens seien in Gefahr.